

# **Bildungsföderalismus der Zukunft**

Für ein föderales Bildungssystem, das Mobilität  
und Vergleichbarkeit garantiert



Leitantrag des Bundesvorstandes  
an den Bundeskoordinationsausschuss  
der Schüler Union Deutschlands  
am 01. und 02. Juni 2013  
in Hannover

# 1 Einleitung

2  
3 Die Bundesrepublik Deutschland umfasst 16 unterschiedlich geprägte  
4 und eigenständig entwickelte Bundesländer. Die historisch gewachsene  
5 Selbstständigkeit dieser Länder in wichtigen Bereichen wie der Innen-  
6 und Bildungspolitik muss geschützt und erhalten werden.

7 Deswegen spricht sich die Schüler Union im Sinne der Subsidiarität für  
8 die Erhaltung der Bildungskompetenzen bei den Bundesländern aus, da  
9 diese direkter und effizienter auf regionale Anforderungen und  
10 Unterschiede eingehen können. Das erhöht die Qualität der  
11 Bildungssysteme und fördert einen konstruktiven Wettbewerb um  
12 hochwertigere Schulabschlüsse.

13 Gleichwohl gefährdet der weitestgehend unverantwortliche  
14 bildungspolitische Kurs von Rot-Grün den Bildungsstandort Deutschland.  
15 Er führt durch politische Eingriffe in das Schulwesen, wie der Steigerung  
16 der Abiturientenquote, zu Ungerechtigkeiten bzw. Nachteilen für  
17 Studenten im Studium. Darüber hinaus wird die Mobilität von Schülern,  
18 Studenten und damit auch ganzen Familien durch regionale  
19 Unterschiede der Bildungssysteme stark eingeschränkt.

20 Wir stellen uns einen Bildungsföderalismus der Zukunft vor, der beides  
21 kombiniert. Die Zuständigkeiten und Entscheidungen bei den  
22 Bundesländern so nah wie möglich am Schüler belassen und gleichzeitig  
23 durch die unten aufgeführten Maßnahmen für mehr Vergleichbarkeit  
24 sorgen, die Mobilität zwischen Deutschlands Schulen ermöglicht.

## 27 Gemeinsame Bildungsstandards

28  
29 Das Leistungsgefälle sowie Ansehen der Bildungsniveaus zwischen den  
30 einzelnen Bundesländern ist enorm. Die aktuellen Unterschiede führen  
31 zu immensen Ungerechtigkeiten z.B. bei zulassungsbeschränkten  
32 Studiengängen. Noten sind in verschiedenen Bundesländern  
33 unterschiedlich viel wert. Schüler mit besseren Leistungen, haben  
34 teilweise verminderte Erfolgschancen den Studiengang ihrer Wahl zu  
35 erlangen, obwohl sie besser qualifiziert sind als ihre Mitbewerber. Das  
36 Abitur in Bremen darf nicht länger weniger Wert und fordernd sein als in  
37 Bayern.

38 Die Schüler Union begrüßt ausdrücklich, dass Anfang des Jahres den  
39 Worten Taten folgten und dieser längst überfällige Schritt hin zu  
40 bundesweiten Standards getan wird. Gemeinsame Bildungsstandards  
41 sichern die Qualität des deutschen Abiturs, allerdings dürfen dabei weder  
42 der Anspruch gesenkt noch wichtige Lerninhalte wegfallen. Orientierung

43 bieten die hohen Bildungsanforderungen der seit vielen Jahren  
44 unionsgeführten Bundesländer.  
45 Auch an der Universität erhöhen gemeinsame Bildungsstandards die  
46 Erfolgsaussichten der Studenten. So würden nicht nur die Abbruchraten  
47 gesenkt, sondern auch die Durchlässigkeit der Studiengänge gestärkt.  
48 Die momentan feststellbaren erheblichen Unterschiede zwischen  
49 Studenten aus Baden-Württemberg und Bremen könnten auf Dauer  
50 beseitigt werden. Langfristig gesehen, sind bundesweite  
51 Zentralabschlüsse auf hohem Niveau das einzige Mittel im  
52 internationalen Wettbewerb noch bestehen zu können. Wir fordern die  
53 Kultusministerkonferenz dazu auf, die Bildungsstandards weiter zu  
54 denken. Bisher beschränkt man sich auf gemeinsame Abiturstandards.  
55 Wir fordern gemeinsame Standards für die Haupt-, Real- und  
56 Berufsschulabschlüsse sowie für das Abitur. Die Länder müssen dabei  
57 nicht ihre Eigenständigkeit aufgeben, sondern lediglich bessere und  
58 verbindliche Absprachen mit den anderen Ländern treffen.  
59 Länderspezifische Abschlüsse „erster“, „zweiter“ und „dritter“ Klasse  
60 müssen der Vergangenheit angehören. Unser Ziel ist es schrittweise  
61 bundesweit einheitliche Bildungsabschlüsse zu schaffen, die sowohl im  
62 Inland, als gegenüber dem Ausland gleichbleibend hohe Qualität  
63 garantieren. Damit einher geht die langfristige Etablierung eines  
64 bundesweiten Zentralabiturs. Das Niveau des bundesweiten  
65 Zentralabiturs hat sich am Besten zu orientieren.

66  
67

## 68 **Bildungsstaatsvertrag**

69

70 Unsere Vision ist die Bildungsrepublik Deutschland. Föderal organisiert,  
71 aber zukunftsorientiert und handlungsfähig. Die Vereinbarungen der  
72 KMK reichen aus mangelnder Verbindlichkeit nicht aus. Die Schüler  
73 Union begrüßt daher den Vorstoß der Bundesländer Bayern, Sachsen  
74 und Niedersachsen zum Abschluss eines Bildungsstaatsvertrages  
75 zwischen den Bundesländern ausdrücklich.

76 Die Schüler Union Deutschlands fordert alle Bundesländer auf, den Weg  
77 des Bildungsstaatsvertrages mit- und weiterzugehen. Nur ein  
78 verbindlicher Staatsvertrag macht unsere föderale Struktur der  
79 Bildungssysteme zukunftsfest. In vielen anderen Bereichen wirkt dieses  
80 Instrument bereits sehr gut.

81 Das Rot-Grüne Lager verschließt sich jedoch gezielt diesen notwendigen  
82 Vereinbarungen und verlässt sich zu sehr auf unverbindliche Beschlüsse  
83 der Kultusministerkonferenz.

84 Hier dürfen die politischen Lager nicht in sinnlose ideologische  
85 Grabenkämpfe verfallen, sondern müssen parteiübergreifend handeln,

86 um faire und vergleichbare Bedingungen im gesamten Bundesgebiet zu  
87 garantieren.  
88 Ein von allen Bundesländern getragener Staatsvertrag ist verbindlicher  
89 als Beschlüsse der Kultusministerkonferenz. Wir fordern gemeinsame  
90 Standards für den Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife und für die  
91 Abiturprüfungen. Dazu gehört die Anpassung des Kurs- und  
92 Scherpunktsystems in der gymnasialen Oberstufe, um alle Schüler an  
93 deutschen Gymnasien oder Gesamtschulen vor vergleichbare  
94 Anforderungen zu stellen. Weiterhin sollen regelmäßig durchgeführte  
95 Landesvergleichstests die Höhe der jeweiligen Bildungsniveaus  
96 anzeigen und durch gezielte Problemanalyse für das jeweilige  
97 Bundesland eine Annäherung herbeiführen.  
98 Neben Ungerechtigkeiten für die Schüler benachteiligt unser  
99 momentanes System auch junge Lehrer. Deren Abschlüsse werden von  
100 den anderen Bundesländern oft nicht anerkannt. Auch hier muss der  
101 Staatsvertrag ansetzen. Mobilität und Vergleichbarkeit muss für Schüler  
102 wie für Lehrer gelten.

103  
104

## 105 **Kooperationsverbot**

106

107 Das seit 2006 im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot festigt die  
108 finanzielle Unabhängigkeit der Länder im Bildungsbereich und ist damit  
109 eine sinnvolle Maßnahme um den Bildungsföderalismus zu schützen.  
110 Die Schüler Union Deutschlands spricht sich klar für den Erhalt der  
111 aktuellen Regelung aus, die eine effiziente und regional angepasste  
112 Einsetzung von Haushaltsmitteln sichert.

113 Bildung muss in der Bundespolitik nach wie vor eine große Rolle spielen.  
114 Dazu gehört die finanzielle Unterstützung sinnvoller Projekte.  
115 Grundsätzlich müssen die Bundesländer ihre Bildungssysteme aber  
116 eigenständig finanzieren.

117 Eine Aufweichung des Kooperationsverbots würde dem  
118 Bildungsföderalismus irreparablen Schaden zufügen, da mit mehr Geld  
119 auch mehr Mitspracherecht seitens des Bundes verbunden wäre.

120  
121

## 122 **Internationaler Wettbewerb**

123

124 Im Zuge der Globalisierung stehen deutsche Absolventen nicht nur  
125 Konkurrenten aus anderen Bundesländern, sondern auch immer mehr  
126 Mitbewerbern aus dem Ausland gegenüber. Die Bundesrepublik steht in  
127 der Verantwortung den jungen Menschen das Rüstzeug für eine  
128 erfolgreiche Zukunft auf allen Arbeitsmärkten mitzugeben.

129 Gute Bildung ist der Zukunftsmotor in Deutschland. Vergleichbarkeit  
130 schafft Wettbewerb, Wettbewerb sichert die hohe Qualität der  
131 Bildungspolitik. Jedes Bundesland muss diese Qualität erreichen, um  
132 Bildungsgerechtigkeit im ganzen Land zu garantieren. Nur bei  
133 Beibehaltung des hohen Bildungsniveaus kann Deutschland auch in  
134 Zukunft im internationalen Vergleich bestehen.  
135 Erster Schritt muss eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse in Deutschland  
136 selbst sein, um eine Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene erst zu  
137 ermöglichen.  
138 Im nächsten Schritt stellen wir uns gemeinsame Absprachen der  
139 Bildungspolitik auf europäischer Ebene vor. Wie auf unserer 40.  
140 Bundesschülertagung mit dem Titel „Europa 2020 – Ein Europa für  
141 Schüler“ beschlossen, fordern wir eine gemeinsame Bildungspolitik in  
142 Europa bei Beibehaltung der Zuständigkeiten bei den Nationalstaaten  
143 und deren Bildungssystemen. Auf dem Weg dahin müssen  
144 Schulpartnerschaften geschlossen und Schüleraustausche intensiviert  
145 werden.

146  
147

## 148 **Gemeinsam für die Zukunft jedes Einzelnen**

149

150 Zusammenfassend spricht sich die Schüler Union ausdrücklich für den  
151 Erhalt des Bildungsföderalismus aus. Dieser muss zukünftig jedoch  
152 durch verbindliche Bildungsstaatsverträge und gemeinsame Standards  
153 erweitert werden.

154 Bildung ist und bleibt für uns Ländersache. Die Länder müssen weiterhin  
155 selbstständig über die Bildungsausgaben entscheiden und die  
156 Verantwortung dafür tragen. Der Bund darf sich, anders als Rot-Grün es  
157 fordert, nicht in die Kompetenz der Länder einmischen. So müssen die  
158 Bildungspolitik und bildungspolitische Maßnahmen im  
159 Verantwortungsbereich der föderalen Länder liegen.

160 Im Sinne der Schüler und im Zuge des internationalen  
161 Bildungswettbewerbs müssen Abschlüsse aber vergleichbar werden.  
162 Bundesweit einheitliche Abschlüsse sind von sehr hoher Bedeutung. Wir  
163 benötigen bundeseinheitliche und hochwertige Vorgaben für alle  
164 Abschlüsse, die in jedem Land auf individuellem Weg erreicht und erfüllt  
165 werden können.

166 In Land und Bund muss Bildung nach wie vor Priorität haben.  
167 Bildungspolitik ist Zukunftspolitik und muss zur Chefsache gemacht  
168 werden.